

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pf., monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Buchhändler postzuzüglich 10 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den besten Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Abnehmer und Geschäftsleute werden ersucht, die Bestellungen rechtzeitig zu machen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Zeitungs- oder Lieferanten- oder der Druckereibetriebe — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den abgelaufenen Jahren keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beständigem Umstand oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle, / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berlin-Vertrieb: Berlin 623, 46.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Telefonnummer: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 232.

Freitag den 4. Oktober 1918.

77. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Unter teilweiser Abänderung der Bestimmungen in § 3 der Verordnung vom 22. Juli 1918 — 2080 V. L. A. III — über Zusammenlegung der Schlachtungen und der Würstherstellung (Sächs. Staatszeitung Nr. 170 vom 24. Juli 1918) und in Ergänzung des § 4 der Bekanntmachung über einheitliche Höchstpreise für Rind-, Kalb-, Fleisch und Wurst vom 26. Juli 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 174 vom 28. Juli 1918) wird bis auf weiteres gestattet, von der Verarbeitung der Rinderzungen zu Wurst abzusehen. Solchenfalls sind die Rinderzungen dem Fleischer zum gleichen Preis zu überlassen, der für Rindfleisch zu bezahlen ist.

Vom 4. bis 19. Oktober 1918 sollen im hiesigen Stadtbezirk die Schornsteine gereinigt werden.

Wilsdruff, am 2. Oktober 1918.

Der Stadtrat.

Als Höchstpreise werden festgesetzt für 1 kg Rinderzunge in

Preisklasse A	Preisklasse B	Preisklasse C
5,20 Mk.	5,00 Mk.	4,80 Mk.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Dresden, am 1. Oktober 1918.

4920 V. L. A. III.

Ministerium des Innern.

Milchpreis-Ermäßigung für Minderbemittelte.

Diejenigen Personen, die auf Grund der Bekanntmachung des Kommunalverbandes Meissen vom 26. September 1918 Antrag auf Milchpreisermäßigung stellen wollen, haben sich unter Vorlegung des 1918er Steuerzettels und des Vollmilchkarte

bis Sonnabend den 5. Oktober ds. Js.

während der festgesetzten Dienststunden im Rathaus — Markenausgabe — zu melden.

Wilsdruff, am 2. Oktober 1918.

246 XI. B.

Der Stadtrat.

Abgabe des angemeldeten Kunsthonigs am 5. Oktober 1918. 1/4 Pfund für 10 Pfennige.

Wilsdruff, am 3. Oktober 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Grumbach.

Freitag den 4. Oktober nachmittags 3—6 Uhr im Gemeindeamt:

1. Fleischmarken-Ausgabe.

2. Gutscheine-Ausgabe zum Vollmilchbezug für Minderbemittelte.

Zu 2. erfolgt die Ausgabe nur an Erwachsene und gegen Vorlage der betr. Vollmilchkarten.

Grumbach, am 2. Oktober 1918.

Der Gemeindevorstand.

Am 30. September ds. Js. werden fällig: Die Staatseinkommensteuer auf den 2. Termin 1918, die Ergänzungssteuer auf den 2. Termin 1918 und die Beiträge zur Handels- und Gewerbesteuer auf 1918.

Am 1. Oktober ds. Js. wird weiter fällig, die Brandkasse auf den 2. Termin 1918 und das Schulgeld für das 3. Vierteljahr 1918.

Die Bezahlung des Schulgeldes und der Brandkastenbeiträge hat bis zum 14. Oktober ds. Js., die Bezahlung der übrigen Abgaben bis zum 21. Oktober ds. Js. an unsere Stadtkassiererei zu erfolgen.

Nach Fristablauf beginnt das mit Kosten verbundene Beitreibungsverfahren.

Wilsdruff, am 30. September 1918.

Der Stadtrat.

Vor Cambrai ruhiger Tag.

Ohne Regierung.

Es ist sehr viel von der neuen Regierung des Deutschen Reiches die Rede, seitdem der Reichstag den Grafen Hertling zum Reichskanzler ernannt hat, aber es dauert etwas lange, bis es gelingt wird, sie zustande zu bringen. In ruhigen Zeiten wäre darüber kein Wort zu verlieren. In dessen ist unser Volk noch niemals in so furchtbarem Not und Gefahr gewesen wie gerade in diesen Tagen, und wenn wir noch lange in diesem aus von allen Seiten umkraulenden Stürmen führer- und regierungslos umherstreifen sollen, dann kann das kein gutes Ende nehmen. Jeder Augenblick ist kostbar, denn der Feind weiß ihn zu nützen, und auf Schonzeit haben wir von keiner Seite zu rechnen. Unsere Lage ist schlimm genug, als daß wir sie noch durch eigene Schuld über das nun einmal unabänderliche Maß hinaus erschweren dürften. Wer jetzt nicht fähig ist, rasch zu handeln, der soll den Versuch, auf die Ausübung der Regierungsgewalt entscheidenden Einfluß zu gewinnen, lieber anderen Leuten überlassen.

Der Erlass des Kaisers an den scheidenden Reichskanzler spricht von dem Vertrauen des Volkes, das die neuen Regierungsmänner genießen sollen, und von der Notwendigkeit, dem Volke in weiteren Rahmen als bisher maßgebenden Einfluß auf die Bestimmung der Schicksale unseres Vaterlandes einzuräumen. Die Mehrheitsparteien ihrerseits sprechen von einer Regierung der nationalen Verteidigung, die sie einsehen wollen. Beide Gedankengänge weisen auf ein Koalitionsministerium hin, das alle Parteien zu umfassen hätte, weil selbstverständlich das deutsche Volk nicht lediglich aus Zentrumsmännern, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten besteht und weil der Ernst der Stunde es verlangt, daß kein Teil der Nation, man möge ihn seiner Größe und seiner inneren Bedeutung nach so hoch oder so niedrig einschätzen wie man will, zur Seite geschoben werden darf. Trotzdem hat man sich anders entschieden; die Sozialdemokraten sehen keine Möglichkeit, ein Programm zu finden, das ihnen und den Konfessionslosen auch nur für die Tage äußerster Not gemeinsam sein könnte, und so entschied man sich für die Bildung einer Mehrheitsregierung, in der an sich natürlich nicht unberechtigten Hoffnung, auf diesem Wege schneller zum Ziele zu gelangen. Die Schnelligkeit des Entschlusses und die Unbedenklichkeit in seiner Ausführung wäre in der Tat die einzige, aber schließlich auch ausreichende Rechtfertigung für seine Einseitigkeit gewesen. Statt dessen

hören und sehen wir, daß der Regierungsblock nicht von der Stelle kommt. Bald heißt es, über das Programm sei bereits volle Uebereinstimmung erzielt, bald wird berichtet, daß neue Schwierigkeiten outgetaucht seien. Gestern sollte der Anschluß der Nationalliberalen an die Mehrheitsparteien so gut wie gesichert sein, heute sind neue Fraktionsänderungen erforderlich geworden, um den Führern ihre Wege zu weisen. Und nun erst die Personalfragen! Herr v. Payer, der vielleicht noch am ehesten dem ganzen Reichstag als Kanzler genehm gewesen wäre, vermag sich nicht dazu zu entschließen, die schwere Last des Amtes auf seine auch nicht mehr jungen Schultern zu nehmen, und Prinz Max von Baden, der daraufhin nach Berlin berufen wurde, begegnet hier einer zum Teil ziemlich lähmlen Aufnahme. Dazu kommen Nachrichten von geplanten organisierten Änderungen in den Reichsämtern, ein Reichsschiffahrts- und ein Arbeitsamt sollen neugebildet werden, anscheinend um den beteiligten Parteien mehr Plätze für ihre in die Regierung zu bringenden Vertrauensmänner zur Verfügung stellen zu können — als wenn man für Rücksichten dieser Art nicht wirklich einen geeigneteren Zeitpunkt abwarten könnte. Das ist kein ermutigender Anfang für das neue System, nach dem wir fortan regiert werden sollen. Wer das noch nicht eingesehen haben sollte, der wird vielleicht nach Balfours neuester Rede Bernunft annehmen. Nicht nur, daß er alle Kriegsziele der Entente nach wie vor als unumgänglichen Siegespreis in Anspruch nimmt, wobei Schlag-Lothringen in unserem Westen ebenso wenig fehlen wie Posen und Westpreußen in unserem Osten, daß er einen vollständigen Sieg für absolut notwendig hält, von irgendwelchen Friedensverhandlungen also gar nichts wissen will, er hat auch noch die Freundschaft, die Deutschen vor vergeblichen Illusionen zu warnen. Sie sollten sich nur nicht einbilden, durch bloße Unterzeichnung der Petition um einen Völkerverbund ihre Forderungen davon überzeugen zu können, daß sie auf Weltbeherrschungspläne verzichtet hätten — ein paar konstitutionelle Änderungen des preussischen Staates hätten gar keine Bedeutung, ebensowenig wie die bloße Annahme der „Bismarckswerten“ Vorschläge des Präsidenten Wilson. Das alles sei ohne jeden Wert. Erst wenn alle seine Weltbeherrschungspläne vor Deutschlands Augen in Städten gerissen wären, könne es Zugang zum Völkerverbund erhalten.

Hört ihr Reichstagsherren und laßt's euch sagen: so stehen die Dinge, und so ist unsere Lage! Nicht um Parlamentsrechte darf jetzt gestritten werden, um das

Lebensrecht des deutschen Volkes geht jetzt der Kampf. Wagt man in ihm noch zögern, dann ist es höchste Zeit zum Handeln, allerhöchste Zeit!

Die Fabel von der Hungerrung der Mittelmächte nicht mehr zugräftig!

Der wegen seiner exzessiven Deutschenbege derachtigte Londoner „Globe“ läßt sich zu folgenden bezeichnenden Eingeständnissen herbei: Wir sind während der letzten vier Jahre so oft mit Nachrichten abgefüttert worden, als ob Deutschland am Verhungern wäre und vor dem Zusammenbrüche stände, daß wir sehr skeptisch geworden sind. Pykes neueste Berichte aus Kurland ziehen nicht mehr. Nachdem nun Deutschland so lange auf dem Hungerrate gestanden hat, kommt jetzt auch Oesterreich an die Reihe. Die Verzögerung in der Offensive gegen Italien soll auf die inneren Zustände des Landes zurückzuführen sein. Wir glauben, daß diese Nachrichten vom deutschen Generalstab abfichtlich lanciert werden (!) und erinnern an den berühmten „Streif“ zu Anfang des Jahres, unter dessen Deckung die Vorbereitungen zur Kaiserkrone so vorzüglich vor sich gingen. So könnte auch der „Notstand“ in Oesterreich der Schild sein, unter dem ein schwerer Schlag gegen Italien vorbereitet wird!

Die wirklichen Kriegsziele Amerikas.

In „Atonblatt“ vom 22. August schreibt C. Atterling, ein gründlicher Kenner Amerikas: „Amerika blieb lange unberührt von den verzweifeltsten Versuchen der Entente, den Krieg vollständig zu machen und die eigene Sache durch eine weltumfassende Agitation und edle Schlagwörter von den „höheren Zielen der Menschheit“ zu verbessern. Als man sich dann entschloß, Amerika in das blutige Spiel zu werfen, dürften die wirklichen Beweggründe anderswo gelegen haben. Amerika, das für Zerstörungsmittel der Entente Milliarden verlichen hatte, hatte vor dem drohenden Weltbankrott in seiner Eigenschaft als Bankier der Entente so bedeutende staatsökonomische Interessen zu bewahren, daß es für das Land eine gebietende Notwendigkeit wurde, aktiv einzugreifen, um das Leben und das Eigentum der Schuldner zu schützen und bei der Teilung der Erbschaft nicht leer auszugehen. Das Gerücht von der „Befreiung der Welt“ ist Bluff.“

Es ist erfreulich, daß endlich auch im neutralen Ausland die wirklichen Kriegsziele Amerikas erkannt und gewürdigt werden.